Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1580 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 4. Donnerstag, 6. Januar 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Zaleskis Bilanz.

Der polnische Außenminister Herr Zaleski hat sich nun endlich nach längerem Zögern bereit gefunden, dem Sejm die schon seit langem angekündigte Erklärung über die **außenpolitische Lage Polens** abzustatten. Inhaltlich genommen bieten die Ausführungen des polnischen Außenministers nichts Neues oder irgend etwas, was zu einer Ueberraschung Anlaß geben dürfte. Immerhin sprach er auch verschiedenes über die augenblicklichen Beziehungen Warschaus zu Berlin. Gewiß nichts Sensationelles. Althergebrachte Tiraden und Behauptungen, die bereits verschiedene seiner Ministerkollegen der übrigen Ententeländer vorweggenommen haben. Eine gewisse Auffälligkeit in dieser Rede Zaleskis ist dennoch festzustellen. Fast genau mit denselben Worten wie dies vor einigen Tagen der Briandsche Leitartikel des Quotidien versuchte, wies auch Zaleski auf „das Vorhandensein beunruhigender Tendenzen gewisser Volksschichten" in Deutschland hin, die nach seiner Ansicht eine Gefahr für Polen seien und denen man im Interesse des allgemeinen Friedens Aufmerksamkeit schenken müßte. Dies Zusammentreffen der beiden Ministerauslassungen in Warschau und Paris ist recht seltsam. Zwar ist der Quotidien in seinem Kommentar der Briandrede entschieden offenherziger mit dem, was er will. Aber gerade seine Offenherzigkeit macht die geheimnisvolle Andeutung in der Zaleskirede erst verständlich. Der Quotidien erklärte, daß Frankreich als Garantie für eine eventuelle frühzeitigere Rheinlandsräumung nur die Schaffung einer ausgesprochenen Linksregierung im Reich voraussetzen könne. Zaleski, etwas weniger deutlich, spricht von gewissen Strömungen in gewissen Schichten des Reiches, die angeblich der Gestaltung des „Friedens" abträglich wären. Daß mit diesen Worten der polnische Außenminister nicht die Bestrebungen meint, deren sich die deutschen Linkskreise befleißigen, darf als selbstverständlich angenommen werden. Man wird also in der Rede Zaleskis das Bemühen festzustellen haben, ebenso wie es sich vor einigen Tagen in Paris kundgab, ein bißchen Vorsehung in der deutschen Regierungskrise zu spielen. Dies alles ist recht seltsam, besonders wenn man sich vergegenwärtigt, mit welch überraschendem Eifer und kennzeichnender Gleichmäßigkeit die Linkspresse in Deutschland den Ball aufgreifen, der ihnen aus Paris und Warschau zugeworfen wird. Es besteht also ein gleichmäßiges Bemühen in Paris und Warschau und schließlich auch bei unseren deutschen Anhängern einer Linkskoalition, das deutsche Volk davon zu überzeugen, daß nur die Errichtung eines parlamentarischen Linksblockes die Voraussetzung für eine günstigere Gestaltung der Geschicke des Reiches abgeben könnte. Man wird gegen die Versuche des linksorientierten Deutschlands, der Politik, der es dient, die Machtgrundlagen zu verschaffen, nichts einzuwenden haben. Diese Versuche sind selbstverständlich, naturgemäß an das Programm unserer Linksparteien gebunden und sicherlich aus dem Gesichtswinkel der Kreise, die sie anstellen, durchaus ehrlich gemeint. Wie sieht es aber mit dieser Ehrlichkeit bei den Persönlichkeiten des Auslandes aus, die sich bewußt zu Helfershelfern der deutschen Linkskreise aufwerfen? Sie behaupten, daß im Falle der Bildung einer Linksregierung in Deutschland sie jede Garantie in Händen hätten, die es gestatte, den in Locarno gefaßten Gedanken seine Auswirkung zu geben. Versprechen also dem deutschen Volk das Blaue vom Himmel herunter, wenn es bereit sei zu verhindern, daß eine Rechtsregierung ans Ruder kommt. Soviel wir uns erinnern, hat Deutschland seit seinem Zusammenbruch schon eine recht erkleckliche Anzahl von Linksregierungen sein eigen genannt. Leider konnte sich das deutsche Volk nur sehr wenig davon überzeugen, daß das heute uns immer noch nicht allzu freundlich gesinnte ehemalige Ausland in solchen Linksregierungen die Garantie erblickte, die einer wahren Verständigungspolitik und ehrlichen Versöhnungsbereitschaft Raum hätte geben können. Auch heute stehen noch französische Soldaten am Rhein. Auch heute noch ist kein Termin für eine Rheinlandräumung festgesetzt. Auch heute noch tut Paris so, als ob das deutsche Saargebiet einen integrierenden Bestandteil der französischen Nation bilde. Dies, obgleich die Garantien, die jetzt Paris und Warschau als Voraussetzung für ein Entgegenkommen bezeichnen, schon zu wiederholten Malen vorhanden waren. Glaubt wirklich ein Mensch in Deutschland, daß alles das, was von der Ententeseite bis jetzt versäumt wurde, in dem Augenblick mit einem Schlag nachgeholt wird, in dem sich ein Kabinett Wirth oder ein Kabinett Scheidemann dem deutschen Volke präsentiert? Bei einer reiflichen Ueberlegung wird sich auch der enragierteste Anhänger einer Linkskoalition sagen müssen, daß es zum mindesten geboten ist, solchen Versprechungen, für die jede Garantie fehlt, eine gehörige Portion Skepsis entgegen zu stellen. Womit eigentlich gesagt sein dürfte, daß ein Verquicken von Ministerauslassungen in Paris und Warschau mit der deutschen Regierungsbildung ein Ding ist, was auch im Sinne der Linksparteien gesehen, wenig praktischen Wert hat.

Die „Liberté" für dauernde Besetzung des Rheinlandes.

* **Paris.** Die „Liberté" beschäftigt sich mit den deutschen Forderungen auf Räumung des Rheinlandes und stellt die Frage, welchen Gebrauch die Reichsregierung von der Befreiung des Rheinlandes machen werde. Zurzeit werde in Deutschland die Frage der Rheinräumung in den Vordergrund geschoben und den innerpolitischen Streitfragen untergeordnet. Von französischer Seite müsse man allerdings zugeben, daß die Grenze von 1918 vom militärischen Standpunkt aus gesehen für Frankreich sehr viel ungünstiger sei als die Grenze von 1871. Die Grenze von 1918 stimme mit der Grenze von 1815 überein. Man hätte sie vor hundert Jahren Frankreich aufgezwungen, um Frankreich in Abhängigkeit von den damaligen Alliierten zu halten. So sei es den deutschen Truppen heute wie auch damals möglich, nach Frankreich einzudringen, ohne belgisches Gebiet zu betreten. Der Sinn dieser Ausführungen ist deutlich genug. Die „Liberté" wünscht eine dauernde Besetzung des Rheinlandes, da ihr die Grenze des Versailler Friedensvertrages gefährlich erscheint.

Die Regierungskrise im Reiche.

Die Absichten des Reichspräsidenten.

gn. Berlin, 6. Januar. Die Vertreter der politischen Parteien finden sich schon jetzt wieder langsam in Berlin ein, um an Ort und Stelle zu sein, wenn die offiziellen Verhandlungen über die Regierungsumbildung beginnen. Der Reichspräsident von Hindenburg hat tatsächlich in den letzten Tagen die Besprechungen mit führenden Persönlichkeiten der Parteien aufgenommen und dabei die Absicht geäußert, den jetzigen Wirtschaftsminister Dr. Curtius mit der Kabinettsbildung zu beauftragen, falls er sich dazu bereit erklären sollte, das Kabinett der Mitte wieder herzustellen und den Ausgleich mit den Oppositionsparteien zu suchen. In den mehrfachen Unterredungen mit Dr. Marx ist ferner der Gedanke erwogen worden, beim Scheitern der Verhandlungen des Ministers Curtius dem Abgeordneten Stegerwald vom Zentrum die Bildung der Regierung zu übertragen. Demnach ist die Kandidatur Stegerwald nicht von der Zentrumsfraktion, sondern vom Reichspräsidenten ausgegangen, der Wert auf eine Persönlichkeit für den Kanzlerposten legt, die besonders für die Ueberbrückung der sozialen Gegensätze in den einzelnen Parteien geeignet ist. Ueber die Deutsche Volkspartei noch die Fraktion des Zentrums haben bisher zu den beiden vorgeschlagenen Kandidaturen Stellung nehmen können. Es verlautet aber, daß die beiden genannten Persönlichkeiten das volle Vertrauen ihrer Fraktionen besitzen und man daher erwarten darf, daß die Zustimmung der Parteien bei der Aufnahme der offiziellen Verhandlungen erfolgt.

In parlamentarischen Kreisen hatte man erwartet, daß der Reichspräsident bis zur Rücksprache mit dem Reichstagspräsidenten Loebe warten würde, ehe er an bestimmte, von ihm in Aussicht genommene Persönlichkeiten mit dem Auftrag zur Kabinettsbildung herantrete. Wenn Herr von Hindenburg diesen Weg nicht einschlug, so war es deshalb, weil mit Loebe lediglich die parlamentarische Seite der Angelegenheit besprochen werden sollte, also die Informierung der Parteiführer über die Pläne des Reichspräsidenten und die Einleitung interfraktioneller Verhandlungen.

Ueber die Absichten Dr. Curtius hört man, daß er zuerst an die bisherigen Regierungsparteien herantreten und sich ihres Vertrauens vergewissern wird. Erst dann wird er sich an die beiden Oppositionsparteien wenden und ihnen den Vorschlag zur Mitarbeit in der Regierung machen. Allgemein wird in den Mittelparteien bedauert, daß die Sozialdemokraten, die den Sturz des Kabinettes Marx herbeigeführt haben, sich in vollkommenes Stillschweigen hüllen und ihre bürgerlichen Nachbarparteien völlig im Unklaren lassen, ob sie in der Opposition bleiben oder ein Kabinett der Mitte unterstützen wollen. Es erscheint mehr als zweifelhaft, daß die Sozialdemokraten sich auf ihrer Parteiausschußsitzung am 10. Januar zu einer positiven Mitarbeit in der Regierung entschließen werden. Ebenso unwahrscheinlich ist der Eintritt der Deutschnationalen in das Kabinett, da sie gewisse Bedingungen an die Mittelparteien stellen werden und zwar besonders in außenpolitischer Hinsicht, die in Anbetracht der tatsächlichen außenpolitischen Lage nicht werden erfüllt werden können. Ein Rechtskabinett, das unter ausgesprochener Führung der Deutschnationalen stände, kommt wegen der gefährdeten Stellung Briands nicht in Frage. Die außenpolitische Linie soll unter allen Umständen von deutscher Seite aus gewahrt werden, weshalb auch Dr. Stresemann jedem neuen Kabinett als Außenminister angehören und bis zu einem gewissen Grade ihm seinen Stempel aufdrücken wird. Mit der Haltung der Mittelparteien ist jedenfalls die Fortsetzung der Politik des Kabinetts Marx in ihren Grundzügen gesichert.

*

Zur Entwicklung der parlamentarischen Krise.

|| **Berlin.** Wie das Wolffbüro aus parlamentarischen Kreisen erfährt, wird nun mit Sicherheit damit gerechnet, daß Dr. Curtius gleich nach seiner Rückkehr von seinem Wiesbadener Erholungsurlaub vom Reichspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt werden wird. Seine Bemühungen dürften sich zunächst in der Richtung der Bildung einer möglichst breiten Koalition mit festen Bedingungen bewegen. In diesem Zusammenhang wird auch den Beratungen des Reichsparteivorstandes des Zentrums der in der nächsten Woche zusammentritt, natürlich große Bedeutung beigemessen. Informationen, die in der Berliner Presse zur Frage der Regierungsbildung bisher erschienen sind, werden von gut unterrichteter parlamentarischer Seite zum großen Teil als Kombinationen bezeichnet, so namentlich auch die Nachrichten über die voraussichtliche Besetzung einzelner Ministerien mit bestimmten Persönlichkeiten. Richtig ist vielmehr, daß die Entwicklung der Krise sich noch in ihrem allerersten Stadium befindet und eigentliche Verhandlungen erst in der nächsten Woche beginnen.

Volkspartei und Regierungsbildung.

|| **Berlin.** Das Organ der Deutschen Volkspartei, die Nationalliberale Korrespondenz, beschäftigt sich mit der Frage der Kabinettsbildung und schließt aus der ablehnenden Haltung des Zentrums gegen eine reine Rechtsregierung: Unter diesen Umständen kann man die Kombination der kleinen Rechten als glatt erledigt betrachten. Die Verworrenheit der Lage, die Tatsache, daß es rechts wie links an klaren Mehrheitsverhältnissen fehlt, machen es, so sagt die Korrespondenz weiter, erforderlich, daß Zentrum und Deutsche Volkspartei, überhaupt die Parteien der Mitte, bei der Lösung der Krise zusammenarbeiten. Die Mitte wird und muß auch jetzt wieder Kern der zukünftigen Regierung sein.

Eine Rede des Ministers Dr. Külz.

Stuttgart. (Funkspruch.) Auf der Landesversammlung der Deutschen Demokratischen Partei hielt der Reichsinnenminister Dr. Külz heute eine politische Rede, in der er u. a. erklärte, die Freiheit des Rheines sei uns eine Lebens- und Ehrenfrage. Der ehrliche Wille des übergroßen Teiles des deutschen Volkes, mit Frankreich in einem mit den Geboten der nationalen Würde vereinbarenden Einvernehmen zu leben, sei über allen Zweifel erhaben. Wenn die deutsche Politik jetzt auch mit Italien wie früher mit Rußland zu einem vertraglich gesicherten Einvernehmen gekommen sei, so habe das keine Spitze gegen eine andere Macht, sondern liege in der selbstverständlichen Linie der allgemeinen deutschen Friedenspolitik. Im inneren Leben Deutschlands gelte es, an der weiteren Festigung des Staates mit aller Kraft zu arbeiten. Bei der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Struktur des deutschen Volkes sei eine Konsolidierung des staatlichen Lebens nur durch eine Politik der mittleren Linie zu erreichen. Auf einer solchen Linie müsse das Parlament die Regierung aber auch wirklich arbeiten lassen. Für uns gelte es, einen Zustand zu erreichen, bei dem die Regierung auch wirklich regieren kann und nicht dauernd im Kampf der Parteien zerrieben wird.

Die Konsolidierung unserer staatlichen Verhältnisse verlange ein Verbundensein auch der breiten Masse des Volkes mit dem Staate. Deswegen würden Parolen wie „Niemals mit der Sozialdemokratie" oder „Immer gegen die Sozialdemokratie" überaus verhängnisvoll wirken müssen.

Innerliches Verbundensein mit dem Staate müsse vor allem von den Funktionären des staatlichen Willens, von der Beamtenschaft und der Reichswehr verlangt werden. Von diesem Gesichtspunkt aus sei selbstverständlich, daß die Reichswehr von politischen Einflüssen freigehalten werden müsse, sowohl bei der Annahme von Offizier und Mann als auch bei der Erziehung der Mannschaft durch die Offiziere.

In seinen weiteren Ausführungen kam der Minister auch auf die privatwirtschaftliche und staatswirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zu sprechen. Innenwirtschaftlich seien manche Anzeichen einer langsamen Besserung vorhanden, aber die Ziffer der Erwerbslosen sei noch wie vor eine schwere Sorge. Die staatlichen Finanzen seien auf das äußerste angespannt, der endgültige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden werde ein hartes Stück Arbeit sein. Er werde zwangsläufig das Problem der Verwaltungsreform in Fluß bringen, hier und da vielleicht auch an der Struktur des Deutschen Reiches nicht Halt machen. Lilliputstaaten, deren Dasein nur auf dynastischer Tradition beruhe und nicht auf innerer staatlicher Lebenskraft, hätten keinen Anspruch mehr auf Eigenstaatlichkeit.

*

Landesparteitag der Demokraten Württembergs.

Stuttgart. (Funkspruch.) Heute wurde in der Liederhalle, die alljährlich am Dreikönigstage stattfindende Landesversammlung der Deutschen Demokratischen Partei in Württemberg und Hohenzollern von dem Vorsitzenden der Demokratischen Partei Geh. Hofrat Druckmann feierlich eröffnet, der die Erschienenen insbesondere den Senior der Partei, Vizekanzler a. D. von Payer begrüßte. Nachdem Abg. Heß die Grüße der badischen Parteifreunde überbracht hatte, ergriff **Reichsminister des Innern Dr. Külz** das Wort zu einer Rede über **„Deutschlands Gegenwart und Zukunft."** Die Rede wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Frau Ministerialdirektor **Dr. Gertrud Bäumer** hielt einen gleichfalls mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über **„Deutschland, Europa und der Völkerbund."**

Die Beisetzung der Lawinenopfer von Zürs.

* **Innsbruck.** Gestern vormittag fand auf dem Bergfriedhof von Lech unter starker Beteiligung der Bevölkerung und Skisportler die **Beerdigung der bisher geborgenen englischen Skifahrer** statt, nachdem bereits gestern der **Bergführer Strolz** beigesetzt worden war. Ein englischer Geistlicher nahm die Einsegnung vor und Vertreter der Vorarlberger Landesregierung und des Deutsch-österreichischen Alpenvereins hielten Ansprachen.